

Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2017

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 05.12.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

Zuwächse im Haushalt

Wieder haben wir erfreuliche Zuwächse auf allen Ebenen bei den Haushaltszahlen zu verzeichnen. Das Gesamtvolumen ist um weitere gut 2 Millionen Euro auf über 97 Millionen Euro gestiegen. Auf jeden der 32.189 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Deggendorf können wir 3011,72 Euro für die Stadt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausgeben. Das freut uns und das begrüßen wir, vieles kann damit gestaltet werden, über noch offene Punkte wird noch zu reden sein. Der Wirtschaft geht es gut, die Beschäftigungsquote ist hoch, der Anteil an der Einkommensteuer für die Stadt Deggendorf ist dabei die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sogar zu überholen.

Dank an Kämmerer und Wünsche und buchhalterische Wünsche für den nächsten Haushalt

Der Kämmerer Florian Sterr hat uns wieder ein umfangreiches Zahlenwerk zur Verfügung gestellt. Er hat dabei alle Anstrengungen unternommen, damit wir als ehrenamtliche Stadträte halbwegs in die Lage versetzt werden, die 2 kg Zahlen in einem dicken Ordner zu bewältigen. Wie es die Gemeindeordnung in Bayern vorschreibt, ermöglicht das uns 40 gewählten Stadträtinnen und Stadträten als „Vertretung der Gemeindebürger“ (GO Art. 30 (1) Satz 1) ein Stück weit unseren Aufgaben gerecht zu werden,

- nämlich die Stadt zu verwalten (GO Art 29)
- und „die gesamte Gemeindeverwaltung zu überwachen, insbesondere auch die Ausführung unserer Beschlüsse.“

Mit seiner Arbeit hat Herr Sterr die Voraussetzungen geschaffen, dass der Stadtrat mit seinem heutigen Haushaltsbeschluss den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung in die Lage versetzt, die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen im Jahr 2017 bewältigen zu können.

Um unserem Auftrag noch besser nachkommen zu können, habe ich heuer ganz bewusst versucht, elektronisch den Haushaltsentwurf in den Griff zu bekommen. Dank der zusätzlich gelieferten Übersicht über die Gruppierungsschlüssel ist das auch – so bin ich überzeugt – leidlich gelungen. Herr Sterr und dann eben auch wir müssen dabei ankämpfen gegen die Widrigkeiten der Vorgaben über geänderte Gliederungsschlüssel durch den Freistaat Bayern. Wir müssen auch ankämpfen gegen die für die Anforderungen eines Stadtrats nur suboptimal bereitgestellten

Software-Werkzeuge der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, der AKDB. Um so größer ist sein Verdienst, dass er hier geduldig und mit großer Sachkenntnis uns Rede, Antwort und Unterstützung gibt.

Die Wünsche dazu für das nächste Jahr sind bereits größtenteils bekannt. Ich liste sie hier zur Dokumentation auf:

1. Wir wünschen uns auf 2-, 3- und auf 4-stelliger Ebene der Gruppenschlüssel die Summation der Zahlen aus den verschiedenen Einzelplänen. Dazu sollte diese vorher nach Möglichkeit durchgesehen und gegebenenfalls überarbeitet werden: Z.B. sollte man für Software-Dienstleistungen einen eigenen Code z.B. 6557 definieren statt dies verwirrend unter 6550 „Sachverständigenkosten, Gerichtskosten u.ä.“ zu verbuchen. Wir wollen gerne auf einen Blick erkennen können, wie sich – um in diesem Beispiel zu bleiben – über alle Einzelpläne hinweg die Gerichtskosten entwickeln, wie sich die Sachverständigenkosten entwickeln – oder eben die Software-Dienstleistungen. Als sehr unglücklich empfinden wir die Vorgabe, dass 3-stellige Gruppierungsschlüssel zum einen die Summe der 4-stelligen Schlüssel mit den gleichen ersten 3 Ziffern sind, zum anderen aber gleichzeitig auf den Schlüssel mit der Endziffer 0 mit gleicher Anfangsziffernfolge dann die nicht weiter spezifizierten Vorgänge – wie hier – gebucht werden – insgesamt verwirrend!
2. Wir haben herausgefunden, dass es eine ganze Reihe von Haushaltsposten gibt, die auf Grund von Stadtratbeschlüssen bis zurück in die 80er und 90er Jahre weiter mitgeschleppt werden. Ich nenne als Beispiel Pauschalzuschüsse für die katholischen Kirchenchöre in Höhe von 10.000 Euro jährlich seit dem Jahre 1992. Solche Posten sind der Revision zu unterziehen und sollten dem Stadtrat bzw. einem zuständigen Ausschuss zur erneuten Beratung vorgelegt werden. Der Herr Oberbürgermeister hat erfreulicherweise diesen Punkt bereits aufgegriffen und die Verwaltung entsprechend angewiesen. Grundsätzlich sollten wir solche Beschlüsse mit potenzieller Langzeitwirkung ab sofort mit einem Verfallsdatum versehen bzw. je nach Art mit einem Wiedervorlagdatum. Um zum Beispiel der Kirchenchöre zurückzukommen: Hier ist es richtig und wichtig, wenn Konzerte für die breite Öffentlichkeit veranstaltet werden, dass diese entsprechend von der Stadt gefördert werden, aber nicht grundsätzlich und pauschal von vorneherein, sondern antrags- und projektbezogen!
3. Auch die folgende Forderung aus den letzten Jahre bleibt bestehen: Für die Zukunft wünsche ich mir, dass man prüfen möge, ob man künftig nicht nur eine Liste von PDF-Dateien elektronisch den Stadträten zur Verfügung stellen kann, sondern ein System zur Abfrage, Zusammenfassung und zu Statistiken zu den einzelnen Positionen und Werten. Diese Forderung geht Hand in Hand mit zu schaffenden Möglichkeiten auch für die Finanzabteilung selbst, einfacher und effizienter den Haushaltsentwurf zu entwickeln. Ich bitte also darum, diesen Gedanken, der sowohl für die Verwaltung als auch für uns Stadträte enorme Vereinfachungen und damit auch einen Qualitätssprung bringen würde, offensiv weiter zu verfolgen und gemeinsam mit Städtetag und Gemeindetag als Verbündete bei der AKDB in dieser Hinsicht vorstellig zu werden.

Eine Masterstudentin von mir in Wirtschaftsinformatik ist Projektleiterin in der IT-Abteilung der Stadt Regensburg. Dort hat man sich komplett mit den Zahlen von der AKDB gelöst und einen iPad-Zugriff für die Verwaltung und für die Stadträte entwickelt. Sie wird mir diese Anwendung Ende der Woche vorstellen. Da sollten wir uns dann einmal gemeinsam anschauen und prüfen, ob man Ähnliches auch in Deggendorf verwirklichen kann!

4. Wünschenswert wäre auch Folgendes: Unserer Kontrollaufgabe könnten wir leichter nachkommen, wenn alle Haushaltsansätze nach ihrer Art z.B. farblich gekennzeichnet würden. Unter Art meine ich hier, ob sie vom Stadtrat oder einem seiner beschließenden Ausschüsse schon beschlossen wurden, – das wird ja derzeit in den erläuternden Fußnoten angegeben – ob ein solcher Posten nur bereitgestellt ist und dann noch vom Stadtrat oder von einem Ausschuss als Maßnahme zusätzlich erst beschlossen werden muss und schließlich solche Ansätze, die dem Herr Oberbürgermeister auf Grund seiner ihm von uns in der Geschäftsordnung eingeräumten Kompetenz eigenständiges Handeln erlauben, also z.B. Einzelposten bis zu 250.000 Euro in

Verbindung mit Ausschreibung nach Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) bzw. der Vertragsordnung für Leistungen (VOL/VOF) und der Kommunalhaushaltsverordnung - Kameralistik (KommHV) sowie bis zu 50.000 Euro ohne Ausschreibung.

Soweit zu den Wünschen zur Buchhaltung und zur Darstellung der Zahlen des Haushaltsentwurfs.

Grunderwerb der Stadt

Letztes Jahr hatte ich bedauert, dass es eine Reduzierung des Haushaltsansatzes von fast 1,5 Millionen Euro im Jahre 2015 auf 1,2 Millionen im Jahre 2016 für Grundstückserwerb gab (ohne den Rückerwerb des Eisstadions)! Im Wahlprogramm der FREIEN WÄHLER hieß es: „Unsere Stadt muß gestaltende Chancen durch Grunderwerb nutzen. Dazu ist u.a. eine finanzielle Aufstockung für die Bodenbevorratung notwendig! Bedarfsgerechte Nutzung für Wohnungen, sozialen Wohnungsbau, Gewerbe und Unternehmensansiedlungen werden erleichtert.“ Erfreulicherweise können wir für 2017 wieder mit 1,6 Millionen Euro den alten Wert von 2015 leicht übertreffen. Ich beantrage, dass die Verwaltung uns ab jetzt jährlich nicht-öffentlich eine Liste aller Käufe und Verkäufe in einem Kalenderjahr zusammenzustellen! Nur so können wir insgesamt beurteilen, ob diese Chancen genutzt werden.

Kreditaufnahme und Schulden

Auch heuer gibt es wieder keine Netto-Kreditaufnahmen. Das ist gut so! Irritierend mag zunächst sein, dass wir so viele Kredite aufnehmen, wie wir umgekehrt tilgen. Dann reduzierten wir ja nie die Schulden der Vergangenheit! Aber das ist nicht so, wie uns Herr Sterr auf Nachfrage erläuterte, sondern, wenn immer Haushaltsmittel nicht verbraucht werden, werden sie zur Schuldentilgung verwendet. Eine Überarbeitung der entsprechend Aufstellung im Haushaltsplan hat gezeigt, dass der Schuldenstand pro Einwohner von 1212,75 Euro im Jahre 2012 um fast 100 Euro auf 1113,76 Euro heute gesunken ist. Das ist gut so, dennoch sind wir der Meinung, dass gerade in guten Zeiten wie jetzt, das noch etwas mehr sein dürfte. Auch erhebt sich die Frage, ob man das nicht nur dem Zufall überlassen will, dass etwas über bleibt, oder die Einnahmen höher als veranschlagt sind, sondern dass wir das zumindest künftig in guten Jahren wie 2017 auch im Haushalt einen gewissen Betrag dafür festschreiben sollten.

Vielleicht können ja auch unsere Vertreter in den Aufsichtsgremien unserer Sparkasse darüber nachdenken, ob man nicht doch einmal die eine oder andere Million aus den Gewinnen der Sparkasse gemäß den gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten ausschütten könnte, anstatt sie übertrieben zur weiteren und unnötigen Erhöhung der schon sehr hohen Eigenkapitalquote zu verwenden! Das Geld könnte dann für gemeinnützige Aufgaben der Stadt verwendet werden und die dadurch freiwerdenden Beträge zur Schuldentilgung!

Kreisumlage

Ein wichtiger Beitrag für die Aufgaben des Landkreises ist der Beitrag der Großen Kreisstadt Deggendorf durch die Kreisumlage. Nach den Wirrnissen des letzten Jahres wegen der Reform beim Kommunalen Finanzausgleich und der damit verbundenen rein rechnerischen, aber nicht wirklichen Erhöhung der Steuerkraft von Deggendorf, hatten wir in unserem Haushalt für 2016 zunächst 44 % Kreisumlage angenommen – eine deutliche Erhöhung und nicht wie manch ein Kreispolitiker meinte, das wäre eine Senkung ausgehend von den 48 % 2015, aber unter ganzen anderen Voraussetzungen. Der Landkreis ist unserem Vorschlag nicht gefolgt, die dann 45 % konnten aber dennoch in unserem Haushalt gut gestemmt werden. Wir hoffen, dass es diesmal bei den wieder angesetzten 45 % aber bleibt, noch dazu da der Bezirk seinen übermäßigen Griff in die Taschen der Landkreise wieder reduziert hat.

Inhalte der Politik

Zahlen im Haushalt sind das eine, die konkrete Projekte sind das andere. Im Haushaltsplan wird eine ganze Reihe von Maßnahmen festgeschrieben, die wir bei Beschlüssen in den letzten Monaten als FREIE WÄHLER ausdrücklich

unterstützt haben. Ich zähle nur einige beispielhaft auf:

1. Rückkauf, Sanierung und Erweiterungsbauten für das Eisstadion
2. Sanierung und teilweise Umgestaltung des Alten Rathauses
3. Unser Antrag auf Beleuchtung des Bogenbachweg über die Eggerstraße hinaus bis zur Brücke Richtung Stadtfeldstraße ist im Haushaltsentwurf aufgenommen. Dass das auch noch bis zu den Tennisplätzen geteert werden soll, war hingegen nicht unser Vorschlag!
4. Beschluss in Fischerdorf einen Kindergarten und -grippe zu bauen
5. und demnächst der weiterer Bau von Kinderrippen in der Deggenau und im Klinikum. Wir begrüßen die Investitionen für unsere Kinder und Familien in Deggendorf!
6. Energetische Sanierung der St. Martin - Grundschule: Hier freue mich ganz besonders, dass der Oberbürgermeister unseren Bemühungen hinter den Kulissen Raum gibt und am 19.12.2016 dem Stadtrat die Frage, wie mit dem Sgraffito umzugehen ist, nochmals und diesmal dann auf der Basis belastbarer Zahlen vorlegen wird. Wenn wir nach einem 6-Zeilen-Antrag des Stadtpfarrers gerade mal schnell 80.000 Euro für eine Kirchenorgel bezuschussen können, dann sollten wir auch in der Lage sein das Geld in die Hand nehmen können, um das Sgraffito als typisches Deggendorfer Merkmal und Zeitzeugnis sichtbar erhalten zu können!
7. Beschluss zu einer Neuarbeitung eines Verkehrskonzepts, das nicht nur den Autoverkehr, sondern auch neue Impulse für das Radwegenetz und vor allem, so hoffen wir, für den ÖPNV bringen soll. Hier ist insbesondere zu wünschen, dass noch in dieser Amtsperiode das städtische Busnetz auf die Stadtteile rechts der Donau und auf Niederkandelbach ausgeweitet werden kann. Ebenso sollte die schon einmal beschlossene Verlängerung der Betriebszeit um eine Stunde am Morgen und um 2 Stunden am Abend angegangen werden. Wichtig dabei ist, dass nicht nur der alte Plan wieder fortgeschrieben wird, sondern dass neuen Denkansätzen Raum gegeben wird.
8. Die Umsetzung eines alten Antrags unserer Fraktion auf freies WLAN im Zentrum sowie der Breitbandausbau zur bedarfsgerechten Versorgung des ganzen Stadtgebiets mit Internet.

Ziele der FREIEN WÄHLER, die bislang nicht im Haushaltsplan stehen

Heute ist aber auch die Gelegenheit, gesammelt die vielen Punkte aufzuzählen und in Erinnerung zu rufen, zu denen bislang, aber das kann sich ja hoffentlich ändern, die Mehrheit des Stadtrats noch keine Offenheit gezeigt hat. In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass es in den letzten Monaten 2-3 zaghafte Versuche in der CSU-Fraktion gegeben hat, nach eigener Gewissens- und Entscheidungsfindung auch einmal gegen die Fraktionslinie abzustimmen. Ich hoffe, das waren keine taktischen Finten dahingehend, dass lediglich damit unser Vorwurf eines Fraktionszwangs widerlegt werden soll, sondern echte, eigenständige Entscheidungen. Vielleicht kommen wir noch so weit, dass auch die von der Gemeindeordnung vorgeschriebenen offenen Abstimmungen bei einem oder dem anderen Punkt das gleiche Ergebnis bringen werden, wie wenn man geheim abstimmen könnte! Was wäre also nach unserer Auffassung für Deggendorf noch zu erreichen?

1. Bauleitplanung:

Der Entwurf der Aufstellung von Bebauungsplänen und der Bearbeitung der Einwände in einer Abwägungstabelle sollen möglichst vom Bauamt selbst erarbeitet werden. In Ausnahmefällen, wenn eine Beauftragung eines Architekturbüros dazu notwendig ist, darf dieser Auftrag in keinem Fall mehr dem Architekten eines

Bauherrns in diesem Gebiet übertragen werden. Wir haben es erlebt, Interessenskonflikte zwischen den Interessenten der Bauträger und dem uns allein zu interessierenden und festzustellenden öffentlichen Interesse sind in solchen Konstellationen unvermeidbar!

2. Transparenz

Initiativen zu mehr Transparenz des politischen Handelns sind nachwievor nötig: ich erinnere an den gescheiterten Antrag der Grünen-Fraktion, nämlich Verwaltungsvorlagen für öffentlich zu verhandelnde Tagesordnungspunkte vorab ins Internet zu stellen und damit transparent für alle Bürger zu machen. Hier sei ausdrücklich die Bereitschaft des Herrn Oberbürgermeisters gewürdigt, dass letztes Jahr erstmal – und ab jetzt immer – die Haushaltsreden ins Internet der Stadt gestellt werden. Das sollte dann auch länger als letztes Jahr auf der ersten Seite angekündigt bleiben. Letztes Jahr wurde diese Information dann sehr schnell durch den mittlerweile schon wieder eingestellten Postbus zum Flughafen verdrängt – und das über viele Wochen hinweg. Da waren wohl schon die Gewichte falsch gesetzt! Anregen möchte ich hier auch, dass immer vor jeder Stadtratssitzung auf der ersten Seite unter der Rubrik „Bürger - Rathaus - Politik“ diese mit Link auf die Tagesordnung angekündigt wird.

3. Informationsfreiheitssatzung

Eine Informationsfreiheitssatzung, die allen Bürgern das Recht einräumt zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt Informationen zu erhalten, ist sinnvoll und halten wir nachwievor für nötig!

4. Erfüllung des öffentlichen Zwecks der städtischen GmbHs

Die Zieldefinitionen für die GmbHs müssen auf den Prüfstand. Im Beteiligungsbericht der Stadt über die städtischen GmbHs muss der gesetzlich vorgegebene Punkt „Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ aufgenommen werden, und nicht nur verharmlosend der „Gegenstand des Unternehmens“. Der von der Stadt zu erstellende Beteiligungsbericht – das kann gar nicht anders sein – muss vom Stadtrat beschlossen werden, denn nach der Gemeindeordnung verwaltet der Stadtrat die Stadt und nimmt nicht nur Entwürfe der Stadtverwaltung zur Kenntnis!

5. Entwicklung einer echten Bürgerbeteiligungskultur

Da haben die CSU und die SPD im letzten Jahr unseren Antrag abgelehnt, hier Gelder einzustellen. Ich wiederhole, was ich letzten Jahr gesagt habe: Begegnungen des Oberbürgermeisters mit den Bürgerinnen und Bürgern und Abhalten von Bürgerversammlungen, das ist noch lange nicht Bürgerbeteiligungskultur! Sondern: Die Bürgerinnen und Bürger werden in einem Prozess eingebunden zu einem Thema, das noch nicht entschieden ist. Dort können sie ihre Gedanken und Ideen einbringen und zur Lösungsfindung beitragen. Selbstverständlich bleibt die letzte Entscheidung beim Stadtrat.

6. Zielvorgabende Stadtratsdiskussionen

Gedanklich hat bei uns – so mein Eindruck – die Vorgabe in der Bayerischen Gemeindeordnung in Artikel 47 mit der Überschrift „Sitzungszwang“ in Absatz 1, nämlich „Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen.“ die Interpretation erfahren, dass man immer entscheidungsreife Gegenstände zu beschließen hat, oder aber eben nur etwas zur Kenntnis nimmt. Dabei geht es in diesem Artikel, das sagt schon die Überschrift, vor allem darum, dass es keine Umlaufbeschlüsse geben darf, sondern dass wir hier in Sitzungen zusammenkommen, transparent nach außen und gemeinsam die noch offenen Punkte klären Frau Kollegin Tuchen – und nicht im stillen Kämmerlein der Fraktionen und insbesondere auch nicht bei den beiden Mehrheitsfraktionen! Dafür lohnt es sich auch Zeit einzuplanen! Was uns fehlt – und das haben wir in einigen nicht-öffentlichen Sitzungen

durchaus praktiziert – sind viel öfter breite Grundsatzdiskussionen zu nicht schon fertigen Themenfeldern. Diese können dann in Festlegungen und zielvorgebenden Aufträgen an die Stadtverwaltung münden.

Ich nenne ein Beispiel. Herr Kollege Linsmaier hat ja letztes Jahr für heuer das „Jahr des Flächennutzungsplans“ ausgerufen. Da ist ja wohl noch nichts daraus geworden, Herr Linsmaier! Herr Busch hat uns in diesem Jahr allerdings seine Ideen und Grundsätze für die von ihm zu erarbeitenden Entwürfe für einen neuen Flächennutzungsplan vorgestellt. Inhaltlich hat uns das durchaus gefallen. Aber, das wäre nun ein Beispiel, dass es eigentlich genau umgekehrt laufen müsste. Wir als Stadtrat müssten uns vorab überlegen, welche Ideen und Grundsätze die Verwaltung zu verwenden hat, wenn sie ihrem Auftrag nachkommt für uns einen Entwurf eines neuen Flächennutzungsplans zu erarbeiten! Und bei einem solchen ersten Prozessschritt lassen wir uns dann auch gerne von den Experten der Stadtverwaltung beraten!

Die eine oder andere Fraktion berät grundsätzliches bisweilen in einer Fraktionsklausur. Da wäre vielleicht auch einmal zu überlegen, ob man dazu nicht einmal auch eine Stadtratsklausur ansetzt, auch der nächste Punkt wäre dafür geeignet:

7. Ziele der Entwicklung der Stadt gemeinsam festlegen

Das grundsätzlich wichtigste Beispiel wären aber Zielvorgaben für das was man unter dem Begriff „Entwicklung der Stadt“ versteht. Da habe ich manchmal den Eindruck, dass man da automatisch unter Entwicklung subsumiert, dass man da oder dort wieder etwas bauen kann, da oder dort ein Gewerbe ansiedelt und dass man insgesamt wächst. Vielleicht gibt es aber ganz andere zukunftsfähige Entwicklungsziele. Manch einer, Herr Kollege Lorenz, Herr Kollege Linsmaier – so der Eindruck – freut sich über jede Fläche, die man zube-tonieren kann und polemisiert gegen seltene Pilze, die da oder dort wachsen und zeigen, dass dort noch ein Fleck gesunder Natur vorhanden ist. Ich nenne ein paar mögliche alternative Stadtentwicklungsziele:

- Generationsübergreifendes Miteinander im Zusammenleben der Menschen.
- Offensiver und positiver Umgang mit den ökologischen Herausforderungen, insbesondere auch hinsichtlich unserer Mitverantwortung im ganzen Donauraum.
- Ausgewogenes Zusammenspiel von wirtschaftlicher und sozialer Aspekten der Stadtentwicklung.
- Konsolidierung des Bestehenden statt Setzen auf unbedingtes Wachstum: Qualität vor Quantität!
- Entgegenwirkung der Politik- und Demokratieverdrossenheit durch Bürgerbeteiligungskonzepte.
- Intelligente Konzepte der Mobilität und zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels.

Über solche Ziele sollten wir uns – und das sehe ich als wichtige gemeinsame Aufgabe – vorab verständigen und die Weichen dafür stellen. Auch dazu wäre ein Bürgerbeteiligungsprozess wie es uns andere Städte vormachen sinnvoll und hilfreich!

Resümee

Ich ziehe das Resümee meiner Ausführungen zu den konkreten Zahlen des Haushaltsentwurfs und zu Aspekten der Kommunalpolitik in dieser Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, auch heuer wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2017 zustimmen. Wir tragen damit gemeinsam Verantwortung für diese Stadt und ihre Bürger.

Gemeinsam haben wir einiges erreicht. Vieles bleibt noch zu tun. Der Schlüssel zum Erfolg dazu – das habe ich aufgezeigt – ist aber ein stärkeres künftiges Miteinander in der gemeinsamen Aufgabe der Gestaltung der Stadtpolitik zum Wohle der Stadt Deggendorf und ihrer Bürgerinnen und Bürger – und zwar schon vom Ansatz her und nicht erst zur Verabschiedung – um nicht zu sagen zum Abnicken – fertiger Beschlussvorgaben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!